

LANDTAG
 NORDRHEIN-WESTFALEN
 16. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
16/1293

A15

Tel.: 0521.106-3986 (Sokr. -3985)
 Fax: 0521.106-153896
 reinhold.hedtke@uni-bielefeld.de
 www.uni-bielefeld.de/soz/ag/hedtke

Stellungnahme zur

Anhörung von Sachverständigen

Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung

„Verbraucherbildung in der Schule nachhaltig und vielfältig gestalten!“

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/3223

sowie

„Profilbildung des Realschulbildungsgangs stärken –
 Fach ‚Wirtschaft‘ als verbindliches Schulfach einführen“

Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/3448

am Mittwoch, dem 11. Dezember 2013

13.30 Uhr, Plenarsaal

Bielefeld, 2.12.2013

- (1) *Sind die Grundlagen ökonomischer und verbraucherrelevanter Bildung Ihrer Auffassung nach besser im Rahmen eines Unterrichtsfachs „Wirtschaft“ oder im Rahmen eines Unterrichtsfachs „Verbraucherbildung“ zu vermitteln?*

Diese Frage lässt sich in dieser Allgemeinheit nicht wissenschaftlich seriös beantworten. Man muss die Antwort sorgfältig differenzieren.

- a. **Wer ökonomische Bildung als volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Kenntnissen und Kompetenzen auffasst, findet kaum Schnittmengen mit Verbraucherbildung.**

Denn die Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre adressieren ihre Gestaltungsempfehlungen nicht an Verbraucherinnen und Verbraucher oder an private Haushalte, sondern ganz überwiegend an Managerinnen und Manager und an Politikerinnen und Politiker sowie manchmal auch an Bürgerinnen und Bürger.

Neben dem wenigen verbraucherrelevanten wirtschaftswissenschaftlichen Wissen **verlangt verbrauchergerechte Bildung vor allem sozial- und wirtschaftspsychologische, kulturelle, mediale, konsum- und marktsoziologische, rechtliche und politische Kompetenzen.**

Hinzu kommen biologische, haushalts-, ernährungs- und gesundheitswissenschaftliche Kenntnisse. Sehr wichtig ist eine kritische Reflexion vorherrschender Leitbilder von Konsum, Haushalts- und Lebensführung und der eigenen Vorstellungen vom „guten Leben“.

- b. Vor diesem Hintergrund wäre Verbraucherbildung einem wirtschaftswissenschaftlich dominierten Fach „Wirtschaft“ sehr schlecht aufgehoben, sie bliebe lückenhaft und wenig praxisrelevant.

Eine praxisrelevante Verbraucherbildung verlangt einen integrativen Ansatz, der Wissen und Kompetenzen aus ganz unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen systematisch problemorientiert zusammenführt. Sie ist eine klassische disziplin-, fächer- und lernbereichsübergreifende Bildungsaufgabe.

- c. Zu den der Verbraucherbildung affinen Bildungsfeldern und Schulfächern gehören insbesondere der Lernbereich Gesellschaftslehre und dort vor allem Politik sowie Sozialwissen-

schaften, Hauswirtschaft und naturwissenschaftliche Fächer wie Biologie und Fächer der sprachlichen und ästhetischen Bildung.

- d. **Ökonomische Bildung findet in multidisziplinären Integrationsfächern statt.** Wirtschaftliche Themen, Problemstellungen und Kompetenzen sind in allen Bundesländern seit Jahrzehnten in *Fächern* des Pflicht- und Wahlpflichtbereichs der allgemein bildenden Schulen der Sekundarstufe I verankert (Tab. 1).

Tabelle 1
Fachmuster ökonomischer Bildung in den Studentafeln der Sekundarstufe I

Ankerfach				Separatfach
Typ I	Typ II	Typ III	Typ IV	Typ V
Sozialwissenschaften, Politik, Politik/Wirtschaft	Hauswirtschaft Verbraucher-bildung	Arbeit – Wirtschaft – Technik	Wirtschaft/Recht	Wirtschaft
BB: Sek I BE: Hs, Rs, Gy, Gs BY: Rs HE: Gy, Gs, Rs, Hs HH: Gy, Rs NI: Gy, Gs NW: Gy, Rs, Gs RP: Regs, Rs, Gy, Hs, Gs SH: Hs, Rs, Gy SL: Gs, Gy, Rs, Gems SN: Gy (+ Recht) ST: Gy	BW: WRs, Hs SH: Sek I, Regs, Gems SN: Ms	BB: Sek I BE: Hs, Rs, Gs BY: Hs, Ms HB: Gy, Gs, Os NI: Gs NW: Gs, Hs MV: Gy, Gs, Regs RP: Regs/w, Hs/w SH: Regs, Gems SL: Gs, Rs/w, Gems SN: Ms	BY: Gy, Rs/w TH: Gy, Gms	BW: Rs, Gy BY: Hs NI: Hs, Rs SH: Gs ST: Gy, Seks
		TH: Rgls		

1) Daten Ende 2012/Anfang 2013, vorl. Ergebnisse (Hedtke/Uppenbrock, unveröff. Erhebung). Gs – Gesamtschule, Gms - Gemeinschaftsschule, Ms – Mittelschule, Seks – Sekundarschule, WRs – Werkrealschule, Os - Oberschule, Regs – Regionale Schule, Rgls – Regelschule, /w – Wahl(pflicht)fach.

- e. In NRW heißen die Fächer der ökonomischen Bildung Politik/Wirtschaft (Gymnasium), Politik (Realschule), Lernbereich Gesellschaftslehre mit dem Fach Politik (Gesamtschule, Sekundarschule) und Lernbereich Arbeitslehre mit den Fächern Wirtschaft und Hauswirtschaft (Hauptschule, Gesamtschule, Sekundarschule).

In den Lehrplänen dieser Fächer der Sek I umfasst der Themenbereich Wirtschaft im Durchschnitt bereits heute mindestens so viel Lernzeit wie der Bereich Politik.

- f. **An Realschulen hat die ökonomische Bildung im Fach Politik bereits heute das größte Gewicht. Es müsste deshalb korrekterweise *Wirtschaft/Politik* heißen** (Tab. 2).

Tabelle 2
Verteilung der obligatorischen Inhaltsfelder in drei Pflichtfächern der Sek I

Inhaltsfelder	Ankerfach	Politik	Politik	Politik/Wirtschaft
		Gesamtschule 2011	Realschule 2011	Gymnasium 2007
Zahl der Inhaltsfelder ¹⁾		13	12	14
– Politik		4	3	3
– Wirtschaft		3	4	5
– Gesellschaft		2	2	2
– multiperspektivisch		4	3	4

1) Im Sinne von Lernprogression und kumulativem Lernen sind einige Felder sowohl für Jahrgangsstufe 5/6 als auch für 7-9/10 vorgesehen.

Das derzeitige Kerncurriculum für das Unterrichtsfach Politik an der Realschule enthält zwölf obligatorische Inhaltsfelder, davon vier ökonomische, drei politische und drei problemorientierte, die gleichgewichtig aus ökonomischer, politischer und gesellschaftlicher Sicht zu behandeln sind. Hinzu kommen zwei gesellschaftliche Inhaltsfelder. An einigen Stellen fließt auch rechts- und medienwissenschaftliches Wissen ein.

- g. **Für eine wirtschaftliche oder verbraucherrelevante Bildung**, die auf die kompetente Gestaltung von Lebenssituationen zielt, **haben rechtliche Kompetenzen eine zentrale Bedeutung**. Fast alles wirtschaftliche Handeln, der überwiegende Teil politischen Handelns und ein erheblicher Teil des Verbraucherhandelns sind rechtsförmig und von rechtlichen Rahmenbedingungen geprägt. Wirtschaftliches Handeln von Jugendlichen birgt vor allem rechtliche Risiken.

In den Pflichtfächern der Sekundarstufe I in NRW **sind rechtliche Inhalte aber um Größenordnungen schlechter repräsentiert als wirtschaftliche Inhalte**. Im Pflichtbereich der allgemein bildenden Schulformen der Sekundarstufe I bleibt Recht episodisch, nebensächlich, lückenhaft und unstrukturiert.

Recht spielt auch in den oben genannten Integrationsfächern eine eher marginale Rolle.

- (2) *Das Prinzip der Nachhaltigkeit spielt für die gesellschaftliche Bewertung ökonomischen Handelns eine große Rolle. In welchem Maße sieht das Fach „Wirtschaft“ derzeit die Auseinandersetzung mit diesem Prinzip und seinen konkreten Anwendungsformen vor?*

Die Kernlehrpläne der unter 1.e genannten Fächer führen den Aspekt der Nachhaltigkeit nur als eine Kompetenz unter vielen anderen. Dabei liegt der Akzent oft eher auf der ökonomischen Dimension von Nachhaltigkeit und dabei besonders – ganz in der Tradition der Umweltthematik im Unterricht – auf den ökologischen Folgen des industriell-wachstumsorientierten Wirtschaftens und Konsumierens.

Das umfassende Konzept von Nachhaltigkeit, das ökonomische, soziale und ökologische Ziele zugleich verfolgt, **und die fundamentalen Herausforderungen** der Nachhaltigkeit an Wirtschaft und Politik **stehen nicht im Zentrum der Bildungsvorgaben**.

Insbesondere die soziale Dimension wird vernachlässigt; diese würde durch in ein separates Fach Wirtschaft weiter marginalisiert.

Zwei Separatfächer Politik (mit Gesellschaft) und Wirtschaft würden die Nachhaltigkeitsbildung stark behindern. Denn dann würden Inhalte und Kompetenzen der Nachhaltigkeit voneinander getrennt und isoliert behandelt.

Im berufsbildenden Bereich reduzieren die lernfeldorientierten Curricula die Nachhaltigkeit weitgehend auf den Komplex Produktion und Umwelt und fokussieren auf Kostenreduktion. Die gesamtgesellschaftliche Dimension fehlt.

- (3) *In welchem Umfang sind Aspekte der Verbraucherbildung bereits in den derzeit gültigen Curricula und im Rahmen der Lehrerbildung verankert? Inwiefern sehen Sie hier Handlungsbedarf?*

- a. Aspekte der Verbraucherbildung sind traditionell (auch) in den Curricula der sozialwissenschaftlichen Schulfächer verankert. An Haupt-, Gesamt- und Sekundarschulen (Sek I) ist Verbraucherbildung aufgrund des Lernbereichs Arbeitslehre *vergleichsweise* gut repräsentiert.

An Gymnasien fristet Verbraucherbildung dagegen ein kümmerliches Schattendasein, auch im gesellschaftswissenschaftlichen Lernbereich und dort im Fach Politik/Wirtschaft. Kein einziger von seinen vierzehn Inhaltsbereichen widmet sich ausschließlich, vorwiegend oder ausführlich Fragen der Verbraucherbildung. Der im Kernlehrplan der Umweltbildung gewidmete Inhaltsbereich kommt dagegen gleich zweimal vor (Klassen 5/6 und 7-9).

Auch an Realschulen fehlt im Lehrplan Politik ein eigenes Inhaltsfeld für die Verbraucherbildung. Ihre Aspekte gehen dort aber etwas häufiger ein als an Gymnasien.

- b. Diese **verbreitete Vernachlässigung von Verbraucherbildung** ignoriert die großen sozialen, politischen, ökonomischen, ökologischen und ethischen Herausforderungen der Konsumgesellschaft, der Konsumpolitik und der persönlichen Lebensgestaltung, die auch von auf Haushalt, Konsum und Familie bezogenen Kompetenzen abhängt. Die empirische Forschung belegt, dass diese Kompetenzen nur bedingt im Kontext der familiären Sozialisation erworben werden.
- c. Beides zusammen legt nahe, über kompensatorische bildungspolitische Maßnahmen nachzudenken.
- d. **In der wirtschaftswissenschaftlich dominierten Lehrerbildung** an wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten **nehmen Aspekte der Verbraucherbildung nur eine Randposition ein.** Diese Fakultäten oder Fachbereiche ziehen sich zunehmend aus der Lehrerbildung zurück.

Die Verbraucherbildung ist auch kein einschlägiges empirisches Forschungsfeld der Volkswirtschaftslehre. Die Volkswirtschaftslehre setzt ganz überwiegend auf institutionelle, *kollektive* politische Lösungen von Verbraucherproblemen. Die Betriebswirtschaftslehre bedient in der Konsumentenforschung in erster Linie die Interessen der Konsumgüteranbieter.

Auf Verbraucher bezogene betriebs- und marketingwirtschaftliche Forschung wird im Übrigen fast ausschließlich von Akteuren der Angebotsseite der Konsumgütermärkte finanziert. Deshalb bearbeitet sie die Probleme der Nachfrageseite kaum.

An **sozialwissenschaftlich orientierten lehrerbildenden Fakultäten** sieht das verbraucherbildungsspezifische Lehrangebot im Prinzip besser aus.

Das liegt zum einen daran, dass dort **konsumsoziologische, konsumpsychologische, kulturwissenschaftliche und politikwissenschaftliche Veranstaltungen zu Verbraucherbildungsthemen** angeboten werden können. Dies kommt in der universitären Lehrerbildung aber erst dann zum Tragen, wenn verbraucherbildende Inhaltsfelder in den einschlägigen Lehrplänen verbindlich verankert sind.

Zum anderen binden sich Soziologie, Sozialpsychologie, Kulturwissenschaften und Politikwissenschaft nicht so stark an die Management- und Unternehmensperspektive wie dies in der Betriebswirtschaftslehre der Fall ist.

(4) *Mit der geforderten Weiterentwicklung des REVIS-Curriculums gewinnt die Konsum-, Ernährungs- und Gesundheitsbildung einen übergeordneten Stellenwert innerhalb der schulischen Bildungsziele; so sollen etwa die naturwissenschaftlichen und gesellschaftswissenschaftlichen Fächer „auf der Grundlage der von REVIS entwickelten Konzepte, des Referenzrahmens und den Bildungszielen“ überarbeitet werden. Wie rechtfertigt sich eine solche Priorisierung beispielsweise gegenüber kultureller oder historischer Bildung?*

- a. Aus Sicht der Didaktik der Sozialwissenschaften sehe ich nicht, dass sich eine *Vorrangstellung* der Verbraucherbildung an Schulen – sollte dies tatsächlich beabsichtigt sein – fachwissenschaftlich, bildungstheoretisch oder fachdidaktisch begründen ließe.
Vielmehr spricht vieles dafür, dass man sie als höchstens gleich relevant etwa mit ästhetisch-musischer, sozialwissenschaftlicher oder nachhaltiger Bildung einschätzen muss.
- b. **Der blinde Fleck der Verbraucherbildung ist die Verbraucherpolitik.** Die REVIS-Verbraucherbildung **ignoriert auch den Konsumbürger** weitgehend, der als Verbraucher auch politisch denkt und handelt und Erwartungen an die Konsumpolitik hat. Dasselbe Defizit prägt auch die Variante der Ernährungs- und Gesundheitsbildung.
- c. Ohne systematische Einbindung in die sozialwissenschaftliche Bildung besteht darüber hinaus die **Gefahr, dass man politische Probleme pädagogisiert** und so etwa ange-

sichts von Regulierungszurückhaltung in den Feldern Konsum, Ernährung, Gesundheit und Nachhaltigkeit die kollektive Verantwortung auf das Individuum abschiebt (vgl. 14 b).

- d. Ohne systematische Verbindung mit kulturellem, historischem und soziologischem Wissen können Kinder und Jugendliche ihr eigenes Konsum-, Ernährungs- und Gesundheitshandeln weder verstehen noch reflektieren, da es wesentlich kulturell, geschichtlich und gesellschaftlich geprägt ist (vgl. 14 a, 14 d).

(5) *Wie lässt sich Wirtschaft als Pflichtfach einführen, ohne das Stundenkontingent für Schülerinnen und Schüler auszudehnen?*

- a. **Ein separates Pflichtfach Wirtschaft lässt sich nur durch Kürzungen anderer Pflichtfächer realisieren**, wenn es wirtschaftlichen Themen *mehr* Lernzeit geben soll als bisher. Das gilt entsprechend für ein eventuelles Pflichtfach Verbraucherbildung.

„Wirtschaft“ wäre kein wirklich neues Fach. Die Inhalte des bestehenden Integrationsfaches Politik würden nur auf mehrere Einfächer verteilt.

Da sich nicht beliebig viele Fächer in die Stundentafel einführen lassen, schließt man mit einem Fach Wirtschaft zugleich alle alternativen Optionen aus. Dazu gehören etwa innovative, bisher nicht existente Fächer wie z. B. Technologie oder Gesundheitswesen. **Wer politisch für ein Pflichtfach Wirtschaft entscheidet, votiert zugleich gegen alle alternativen Fächeroptionen.**

Er stützt zumindest indirekt die Gruppe der sozialwissenschaftlichen Fächer, schwächt zugleich die naturwissenschaftlich-technische Ausrichtung und legt die Stundentafelstruktur damit langfristig fest.

- b. Nach derzeitigem Stand der bildungspolitischen Diskussion muss man erwarten, dass ein Separatfach Wirtschaft im Pflichtbereich ganz überwiegend zulasten der übrigen Fächer des Lernbereichs Gesellschaftslehre (Erdkunde, Geschichte, Politik) gehen würde.
- c. **Ein Pflichtfach Wirtschaft ginge vor allem auf Kosten der politischen Bildung, die in der Landesverfassung verankert ist (Art. 11).** Dadurch entstünden nicht nur um Kosten quantitativer Art durch die Kürzung des Stundenvolumens, sondern auch qualitativer Art (vgl. 6.).

Ein Pflichtfach Wirtschaft würde auch auf Kosten der gesellschaftlichen Bildung gehen, die bereits heute im Fach Politik nur unzureichend verankert ist (vgl. 6.).

Damit kommen für die Zukunft der demokratischen Gesellschaft vitale Probleme systematisch zu kurz, z. B. Ethnizität und Nationalität, Geschlechtergerechtigkeit, Migration, Lebensentwürfe und Wertepluralismus, Zivilgesellschaft, Ungleichheit und Exklusion oder Transnationalisierung.

Die gesellschaftliche Bildung ist am schwächsten, da sie keine bildungspolitisch einflussreiche Lobby hinter sich hat.

- d. Im Wahlpflichtbereich **an den Realschulen wäre das Fach Sozialwissenschaften der Verlierer.** Denn nur wenige große Schulen haben die Kapazitäten dort die beiden Fächer Sozialwissenschaften und Ökonomie/Wirtschaft *parallel* anzubieten.
- e. **Eine Zerlegung des Faches Politik in zwei separate Pflichtfächer Politik und Wirtschaft hätte gravierende Folgen für die Unterrichtsversorgung der Realschulen**, insbesondere auf den Bedarf an Lehrbefähigungen.

Die Befürworter eines Separatfaches Wirtschaft lehnen die interdisziplinäre Lehrbefähigung Sozialwissenschaften (Wirtschafts- und Politikwissenschaft, Soziologie) grundsätzlich ab (Retzmann u. a. 2010: 84 f.). Deshalb bräuchte man *mindestens* zwei Lehrbefähigungen statt bisher einer.

Die Zahl der Lerngruppen würde sich sofort in etwa verdoppeln, die Schulen bräuchten für den Bereich, den das Fach Politik abdeckt, zukünftig mittelfristig doppelt so viele Lehrbefähigungen (Tab. 3).

Verdoppeln würden sich auch die für die Realschule benötigten Plätze in Fachseminaren an den Zentren für schulpraktische Lehrerbildung.

Tabelle 3
Zerlegung des Faches Politik: Folgen für Lehrbefähigungen und Lerngruppen an Realschulen

	Integrationsfach Politik Stand 2012/13 ¹⁾	Aufteilung in 2 Fächer: – Politik/Gesellschaft – Wirtschaft
Lehrbefähigungen		
Sozialwissenschaften (Pol., Wi., Soz.)	1.477	
Politik		ca. 1.400
Wirtschaft		ca. 1.400
Lerngruppen		
Politik (Politik, Wirtschaft, Gesellschaft)	10.294	
Politik (mit Gesellschaft)	–	ca. 10.000
Wirtschaft	–	ca. 10.000
Sozialwissenschaften/WP	2.271	?

1) Daten aus MSW NRW, Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen aus quantitativer Sicht 2012/13. Düsseldorf: 1. Aufl. Juni 2013, 55, 69. Annahme: Anteil fachfremd erteilten Unterrichts = konstant. Ohne LB Politik, Wirtschaftslehre/Politik, Wirtschafts- und Arbeitslehre (zus. 480). WP Wahlpflicht.

(6) *Welche Chancen und Gefahren sehen Sie einerseits bei einem eigenen Fach „Wirtschaft“ und andererseits bei dem Ansatz, fächerübergreifend und kompetenzorientiert vorzugehen?*

- a. **Weder die ökonomische noch die politische Bildung verfügen über eigene, separate Pflichtfächer in der Sekundarstufe I von NRW.** Nur für die ökonomische Bildung gibt es eine Ausnahme, nämlich dann, *wenn* der Lernbereich Arbeitslehre an Haupt-, Gesamt- und Sekundarschulen nicht integriert, sondern *fächergetrennt* unterrichtet wird.

Die an der Realschule vorhandene Fachbezeichnung „Politik“ ist irreführend (vgl. 1 f, Tab. 2).

- b. **Integrationsfächer stellen den curricularen Normalzustand in den allermeisten Bundesländern dar, separate Pflichtfächer für „Politik“ und „Wirtschaft“ sind die Ausnahme** (vgl. Tab.1; Schulfachstudie Hedtke/Uppenbrock 2011).

Im Bundesländervergleich bildet ein separates Pflichtfach Wirtschaft die Ausnahme. Dagegen **ist die Verankerung der ökonomischen und der politischen Bildung in einem Integrationsfach die Regel** (Tab. 1).

- c. **Nach übereinstimmender Auffassung der Fachdidaktik verlangen die ökonomische und politische Bildung zumindest ein Ankerfach**, in dem sie explizit, verbindlich und angemessen repräsentiert sind, um sie im Schul- und Unterrichtsalltag hinreichend abzusichern und in der Lehrerbildung strukturell zu berücksichtigen (z. B. Kruber 2001; Birgit Weber 2012).

Ankerfächer der ökonomischen Bildung gibt es in NRW an Hauptschule, Gesamtschule, Gymnasium, Realschule und Sekundarschule. Trotz unterschiedlicher Fachbezeichnungen (z. B. Politik, Politik/Wirtschaft) enthalten sie in relevantem Umfang sowohl ökonomische und politische wie auch gesellschaftliche Themen und vermitteln ökonomische wie auch politische Kompetenzen. Bundesweit herrscht bei der ökonomischen Bildung in der Sekundarstufe I eindeutig der Typ Ankerfach vor (Tab. 1).

- d. Selbstverständlich wünschen sich sozialwissenschaftliche Fachdidaktiker aus guten Gründen deutlich mehr Raum für politische und/oder ökonomische Bildung. Aber Lernzeit und Fächer sind bekanntlich knapp, bildungspolitische Begehrlichkeiten dagegen nicht.

Ein separates Pflichtfach Wirtschaft hätte erhebliche negative Folgen (vgl. 5.):

- e. Es würden „ökonomische“ Inhalte aus Integrationsfächern wie Politik-Wirtschaft oder Politik herausgetrennt. **Damit würde die politische Bildung entökonomisiert, die ökonomische Bildung von ihrer politischen Dimension abgetrennt.**

Eine Aufspaltung des Integrationsfaches in die beiden Fächer Politik und Wirtschaft würde wirtschaftliche Themen systematisch dem politischen und demokratischen Diskurs entziehen. **Das schadet der Legitimation der Demokratie**, die sich mit Wirtschafts-, Finanz- und Schuldenkrisen und dem Eindruck von Politik- und Staatsversagen konfrontiert sieht.

Angesichts der wechselseitigen Verflechtung von Politik und Wirtschaft und der allgemein hohen Relevanz der wirtschaftlichen Implikationen von politischen Maßnahmen würde dies einen **erheblichen Kompetenzverlust**, sowohl in der politischen wie in der ökonomischen Bildung bewirken.

- f. **Gesellschaft** bildet das Fundament für Wirtschaft und Politik, gesellschaftliche Rahmenbedingungen prägen und bestimmen die individuelle Lebensgestaltung. Gesellschaftliche Disparitäten und Konfliktlagen erzeugen erhebliche politische und ökonomische Probleme. Dennoch **widmen die einschlägigen Lehrpläne dem Verständnis gesellschaftlicher Zusammenhänge und Problemlagen nur sehr wenig Lernzeit.**

In der Sekundarstufe I entfallen an Gesamtschulen, Realschulen und Gymnasien nur zwei von den zwölf bis vierzehn Inhaltsfeldern auf ein gesellschaftliches Leitthema.

- g. **Ein separates Pflichtfach Wirtschaft verhindert die angemessene Auseinandersetzung mit dem Prinzip der Nachhaltigkeit**, da es deren ökonomische Dimension willkürlich von ihrer sozialen und politischen Dimension isoliert (vgl. 2 und 7.).

(7) *Welche Chancen und Gefahren sehen Sie einerseits darin, sich auf das Feld der Volks- und Betriebswirtschaft zu beschränken und andererseits ökonomische Zusammenhänge in Einbettung eines sozialwissenschaftlichen Kontextes zu vermitteln?*

- a. **Die Volkswirtschaftslehre zielt auf politische Gestaltung der Wirtschaft und der Gesellschaft** nach ökonomischen Maßstäben. **Deshalb gehören ökonomische und politische Bildung zusammen.**

Es macht angesichts der engen inhaltlichen Verflechtung von Wirtschaft und Politik und der Zeitknappheit der Stundentafel keinen Sinn, wirtschaftliches und politisches sowie gesellschaftliches Wissen, volkswirtschaftliche und politikwissenschaftliche sowie soziologische Kompetenzen auf zwei oder drei voneinander isolierte Fächer zu verteilen.

- b. Gerade vor dem Hintergrund der anhaltenden **Wirtschafts- und Finanzkrise** wäre eine Heraustrennung und Verlagerung der ökonomischen Lerninhalte in ein separates Fach kontraproduktiv. Denn so würde ein Durchdringen des Verhältnisses von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft erheblich erschwert.

Eine angemessene politisch-ökonomische Urteilsbildung würde durch eine Zerlegung in zwei Fächer behindert. Die für die Demokratie zentrale Diskussion, welchen Spielraum die Politik gegenüber der Wirtschaft hat und haben soll, fände nicht statt. Die fatale Fixierung nur auf wirtschaftswissenschaftliche Politikempfehlungen allein, die eine der Krisenursachen war, fände ihre Fortsetzung in der Stundentafel.

Diese Argumente gelten erst recht für ein angemessenes Verständnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik und von Themenkomplexen wie Ökonomisierung, Globalisierung oder Technisierung.

- c. Das in *vielen* Domänen mangelhafte Wissen (vgl. 9) veranlasst, über die Wirksamkeit der heute in den Schulen überwiegend praktizierten Formen der Wissensvermittlung und des Kompetenzerwerbs kritisch nachzudenken und nach Alternativen zu suchen.

Wissenschaftliche Untersuchungen legen es nahe, **schulisches Lernen dezidiert problemorientiert zu organisieren** sowie an Stelle der Wissensvermittlung gute unterrichtliche Bedingungen für eigenständiges Lernen zu schaffen, um nachhaltige Effekte zu erzielen.

Dagegen bevorzugen die Entwürfe für ein separates Fach Wirtschaft oder Ökonomie an Realschulen wirtschaftswissenschaftlich-abbilddidaktische Formen der Wissensvermittlung und vernachlässigen problemorientiertes, multidimensionales Lernen. Stattdessen wollen sie kanonisiert-disziplinorientiert vorgehen (vgl. 9 c).

Eine **sozio-ökonomische Bildung** stellt dagegen wirtschaftliche Probleme und unterschiedliche Lösungsvorschläge aus den Sozialwissenschaften ins Zentrum des Lernens.

- d. Neben der Problemorientierung liegt es nahe, das Lernen *inhaltlich* zu *individualisieren*, nicht nur methodisch. Man muss unterschiedliche individuelle Kompetenzprofile und Lernwege eröffnen. Das verlangt weniger Pflichtfächer und Pflichtbindungen und stattdessen **wesentlich mehr individuelle Wahlfreiheit, damit die Lernenden persönliche Bildungsprofile gestalten können**, z. B. durch fächerübergreifendes Lernen, das individualisierte Lernwege ermöglicht.
- e. Eine Institutionalisierung ökonomischer Bildung in einem Separatfach Wirtschaft ignoriert auch **die negativen Folgen für die ökonomische Bildung selbst**. Dann würde Wirtschaft von ihrem gesellschaftlichen Kontext isoliert und dieser würde systematisch nicht mehr mitreflektiert.
- f. **Diese Isolierung der Wirtschaft von Gesellschaft und Politik steht in scharfem Gegensatz zu den Grundgedanken der sozialen Marktwirtschaft.**

Auch deshalb ist sozio-ökonomische Bildung die bessere Konzeption. Sie vermittelt Kompetenzen und Wissen über Wirtschaft in ihrem gesellschaftlichen und politischen Kontext.

(8) *Welche Anforderungen an die Weiterentwicklung und Verankerung der Verbraucherbildung ergeben sich Ihrer Meinung nach aus dem Vergleich der Bundesländer bzw. der internationalen Forschung?*

- a. Aus einem bundesdeutschen Vergleich kann man angesichts der meist schwachen und unscharfen Einbindung der Verbraucherbildung in die Lehrpläne und der Vielfalt der curricular-schulfachlichen Konstruktionen kaum Rückschlüsse ziehen.

Wenig vorbildlich erscheint darüber hinaus die curriculare Marginalisierung von Nachhaltigkeit und nachhaltigem Handeln.

Auch die internationale Forschung scheint für die Anwendung in Deutschland nicht wesentlich weiter zu führen, da sie Verbraucherbildung stark normativ ausrichtet und Nachhaltigkeit zu sehr auf ihre ökologische und ökonomische Dimension reduziert.

Diese Normativität steht im Kontrast zum Verbot der Überwältigung der Lernenden und zum Kontroversitätsprinzip, die in Deutschland fachdidaktischer Konsens sind.

- b. Wie für die ökonomische Bildung, so sind auch **für die Verbraucherbildung definierte Ankerfächer erforderlich**, die diese Bildungsaufgabe curricular verbindlich organisieren und absichern.
- c. **Ein separates, wirtschaftswissenschaftlich ausgerichtetes Schulfach Wirtschaft eignet sich nicht als Ankerfach der Verbraucherbildung.** Es ist mit Blick auf Problemstellungen, Inhalte, Denkmuster und Kompetenzen viel zu eng angelegt und zu stark auf disziplinäres Wissen fokussiert (vgl. 1a, 1b; siehe z. B. Kaminski/Eggert 2008). Die Vertreter des Separatfaches Wirtschaft lehnen interdisziplinäre Schulfachkonzepte grundsätzlich und nachdrücklich ab.

Ein Fach Sozialwissenschaften als Ankerfach ist wesentlich besser geeignet, weil es neben der ökonomischen auch die soziale und die politische Dimension von Verbraucherbildung und das dafür benötigte transdisziplinäre und multidisziplinäre Wissen berücksichtigt.

Zusätzlich braucht Verbraucherbildung aber auch Wissen und Kompetenzen aus anderen Domänen (vgl. 1c).

(9) *Wissenschaftliche Untersuchungen belegen immer wieder, dass die ökonomischen Kenntnisse von Jugendlichen und jungen Erwachsenen oftmals sehr gering sind. Teilen Sie die Einschätzung, dass diese empirischen Ergebnisse deutlich machen, dass neue Wege der Vermittlung beschritten werden sollen, wenn das bisherige Vorgehen empirisch belegt offensichtlich nicht den gewünschten Erfolg erzielt hat?*

- a. Einerseits teile ich die Einschätzung überhaupt nicht. Methodisch sind die meisten Wissensstudien höchst problematisch. **Sie fragen oft irrelevantes Wissen ab.** In aller Regel fehlt eine wissenschaftliche Fundierung der Fragen und Items.

Bei den genannten Gruppen sind die Kenntnisse auch **in vielen anderen Wissensdomänen** nachweislich lückenhaft und gering. **Es handelt sich keineswegs um ein spezifisches und besonders dringliches Problem der ökonomischen Bildung, sondern um eine generelle Problemlage, die auch eine Reihe anderer Fächer betrifft.**

Insbesondere ist es empirisch in keiner Weise belegt, dass ökonomisches Wissen schlechter ist als z. B. politisches.

Das belegen unter anderem einschlägige internationale Vergleichsstudien, für sozialwissenschaftliches Wissen vor allem die International Civic and Citizenship Education Study ICCS 2009 (für andere Kompetenzbereiche vgl. IGLU 2011, PIRLS 2011, TIMSS 2011). Diagnostiziert werden etwa ein „mathematischer“, „naturwissenschaftlich-technischer“, „historischer“, „politischer“, „sozialer“ oder „funktionaler Analphabetismus“ (Wälder 2013; Stäudel 1995; Schroeder u.a. 2012; Oser 2003; W. L. Schneider 2008; Level-One-Studie 2011) sowie eine schwach ausgeprägte Gesundheitskompetenz (WHO 2013).

- b. **Neue Wege der Vermittlung entstehen nicht durch Reorganisation der Studentafel oder Einrichtung eines separaten Faches, sondern ausschließlich durch didaktisch-methodische Innovation.** Dabei geht es vor allem um problemorientiertes und individualisiertes, nicht aber um diszipliniertes und kanonisiertes Lernen (vgl. 7).

(10) *Inwieweit solle aus Ihrer Sicht bei der Einführung eines Faches „Wirtschaft“ auch der Wunsch von Schülerinnen und Schülern, Eltern, Lehrerinnen und Lehrern, Schulleitung und ausbildender Wirtschaft Berücksichtigung finden?*

- a. **Über die Zustimmung zu einem separaten Schulfach Wirtschaft kann man nur spekulieren, ein seriöser empirischer Nachweis dafür fehlt.**

Auch was *die Realschulen* in NRW tatsächlich bevorzugen, ist unbekannt (vgl. Tab. 4). Befragt wurden zum einen nur die am Modellversuch Wirtschaft teilnehmenden Realschulen.

Tabelle 4:
Realschulen, Modellversuchsschulen, befragte Schulen

Realschulen insgesamt	Realschulen im Modellversuch	Befragte Realschulen
564 ¹⁾	70	70
100 %	12,4 %	12,4 %

1) Daten aus MSW NRW, Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen aus quantitativer Sicht 2012/13. Düsseldorf: 1. Aufl. Juni 2013, und aus dem Entwurf des Berichts über den Modellversuch (2013).

- b. **Zum anderen handelte es sich um eine bevormundende Befragung.** Dadurch sind ihre Ergebnisse in wesentlichen Teilen wertlos.

Die Fragestellung hat **zwei wichtige schulfachliche Alternativen unterschlagen: Politik/Wirtschaft und Arbeit/Wirtschaft/Technik.** Das sind aber die mit Abstand häufigsten Institutionalisierungsvarianten ökonomischer Bildung (vgl. Tab. 1; vgl. 6 b).

- c. Die Befragung **unterstellte darüber hinaus eine rein fiktive Alternative: ökonomische Bildung als Unterrichtsprinzip** ohne gesondertes Fach. **Das fordert niemand.** Das existiert in der Sekundarstufe I in NRW auch nicht (vgl. 1 d, 11 a).

Schließlich durften sich die Schülerinnen zur Frage, in welcher Form ökonomische Bildung organisiert werden soll, überhaupt nicht äußern.

- d. Mit Blick auf neue Lerninhalte und Kompetenzen äußern Wirtschaftsverbände und ausbildende Unternehmen *unterschiedliche* Wünsche.

Einerseits fordern viele Verbandsfunktionäre ein Schulfach Wirtschaft. Viele Unternehmerinnen und Unternehmer verlangen andererseits nach **mehr Unterricht in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik**. Sie sorgen sich insbesondere um das technisch-naturwissenschaftliche Wissen der Jugendlichen und um die Technologiebegeisterung ihres Fachkräftenachwuchses (vgl. DIHK-Arbeitsmarktreport 2013, MINT Botschafterbroschüre 2012).

- e. Auch die üblichen **Befragungen folgen meist dem Wunsch-dir-was-Prinzip**, ihre Ergebnisse zum Separatfach Wirtschaft sind deswegen weitgehend wertlos.

Erstens ignorieren die Befragungen die **Knappheit der Schulzeit**. Fast immer ersparen sie es den Befragten unter Knappheitsbedingungen Prioritäten zu setzen und sich zu entscheiden, *welches* Fach eingeführt werden soll und welches nicht: „Wirtschaft“ *oder* „Technologie“ *oder* „Recht“ *oder* „Gesundheit“ *oder* „Arbeits- und Berufsorientierung“ usw.

Zweitens wird den Befragten suggeriert, die **Entscheidung sei kostenlos**, da sie nicht entscheiden müssen, welche Inhalte, Themen und Kompetenzen für die Einführung eines Faches Wirtschaft aus der Stundentafel gekürzt oder gestrichen werden soll.

Drittens bleibt bei den Befragungen **inhaltlich beliebig**, was in einem Fach Wirtschaft vermittelt werden soll, jeder Befragte, kann also das hinein projizieren, was er oder sie bevorzugt. Das ist ein wesentlicher Grund für die undifferenzierte Zustimmung.

Viertens handelt es sich in aller Regel um **interessengesteuerte Befragungen**, die dem separaten Schulfach Wirtschaft zum Durchbruch verhelfen sollen. Unabhängige Befragungen, die die Zustimmung zu diesem Fach *im Vergleich* zu anderen Fächern erheben, existieren nicht.

- (11) *Von wissenschaftlicher Seite wird vielfach moniert, dass in übergreifenden Lernbereichen, in die der Erwerb ökonomischer Kenntnisse integriert ist, eine umfängliche Vermittlung ökonomischer Kenntnisse zwangsläufig nicht den benötigten Raum einnehmen kann, um Jugendlichen das benötigte Wissen zu vermitteln, das sich über Kenntnisse des Wirtschaftssystems bis hin zum Umgang mit Verträgen erstreckt. Wie bewerten Sie diese Kritik?*

- a. **Die in der Frage referierte Kritik ist für die Sekundarstufe I in NRW gegenstandslos.**

Denn **die ökonomische Bildung ist in NRW in Ankerfächern verortet**, nicht in Lernbereichen (vgl. Tab. 1). **Das gilt auch für die Realschule.**

- b. Durch eine Aufteilung des zu erwerbenden Wissens auf mehrere Fächer vergrößert sich die verfügbare Lernzeit bekanntlich nicht.

Die Kritik an zu geringer Lernzeit ist kein Spezifikum der ökonomischen Bildung. Auch der politischen und gesellschaftlichen Bildung fehlt es an Lernzeit.

Das gilt gleichermaßen für viele andere Schulfächer, man denke an sprachliche, mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen.

- c. Das in der Stundentafel verfügbare Stundenvolumen ist absolut begrenzt. Eine Verlängerung der Schulzeit erscheint bildungspolitisch aussichtslos.

Unter den gegebenen Bedingungen ist eine „umfängliche Vermittlung“ des „benötigten Wissens“ weder bei politischen, noch bei gesellschaftlichen, noch bei rechtlichen Kenntnissen möglich. Denn die Stundentafeln gewähren den Fächern des Lernbereichs Sozialwissenschaften/Gesellschaftslehre nicht die dafür nötige Zeit.

Berücksichtigt man die Rahmenbedingungen und Sachzwänge, steht die ökonomische Bildung vergleichsweise gut da.

- d. **Wer mehr Zeit für ökonomische Bildung will, muss anderen Fächern Lernzeit entziehen; das gilt auch für die Verbraucherbildung.** Wer die ökonomische Bildung ausdehnt, verhindert damit zugleich auch, dass bisher überhaupt nicht repräsentierte Domänen wie etwa Recht in die Schulen Einzug halten.

Wissenschaftliche Gründe für eine einseitige Privilegierung ökonomischer Bildung gibt es nicht.

Der Erwerb ökonomischer Kenntnisse findet in ausgewiesenen Ankerfächern statt; sie sichern ökonomischen Themen einen fest definierten Anteil (vgl. Tab. 2). Gesamtschulen und Sekundarschulen können den Lernbereich Gesellschaftslehre fächerintegriert anbieten.

- e. Als Ankerfach ökonomischer Bildung fungiert im Pflichtbereich der Realschule das Schulfach „Politik“; hier ist der obligatorische Anteil ökonomischer Bildung bereits um ein Viertel höher als der für politische Themen (vgl. Tab. 2).

An Realschulen verfügen weder die politische Bildung noch die ökonomische Bildung über ein eigenes separates Schulfach. Im vorhandenen Integrationsfach „Politik“ entfällt aber auf die ökonomische Bildung eindeutig mehr Raum.

- f. Das gilt auch für Gymnasien (Sek. I). Als Ankerfach der ökonomischen (und der politischen) Bildung dient dort das Pflichtfach Politik/Wirtschaft. **Ökonomische Bildung ist am Gymnasium nicht in einen übergreifenden Lernbereich integriert, sondern definierter Teil eines Faches.**

- g. **An Gymnasien übertrifft die Zahl der ökonomischen Inhaltsfelder in Politik/Wirtschaft die der politischen Felder um zwei Drittel.** Obligatorisch sind außerdem zwei problemorientierte politisch-wirtschaftliche Themen, zwei gesellschaftliche und zwei die ökonomische, politische und gesellschaftliche Perspektive umfassende Themen.

Auch in den Klassen 5-9 des Gymnasiums verfügt die ökonomische Bildung also eindeutig über mehr Raum als die politische.

- h. An Gesamtschulen und Sekundarschulen ist die ökonomische Bildung nicht nur im Fach Politik verankert (Sek I). **Ökonomische Bildung nimmt im Lernbereich Arbeitslehre mit den drei Fächern Wirtschaft, Technik und Hauswirtschaft breiten Raum ein:** von den elf obligatorischen Inhaltsfeldern gehören sechs zur ökonomischen Bildung.

- i. Dieser **curricular verankerte Vorrang für die ökonomische Bildung gegenüber der politischen Bildung** (und der gesellschaftlich-sozialen Bildung) verstärkt sich an Realschulen, Gesamtschulen und Sekundarschulen, aber auch an Gymnasium durch vielfältige wirtschaftsbezogene Aktivitäten außerhalb des Fachunterrichts.

Denn die Schulen praktizieren **zahlreiche überfachliche und außerunterrichtliche ökonomisch orientierte Aktivitäten.** Dazu zählen zum Beispiel Betriebserkundungen, Praktika, Berufsorientierung und Berufsberatung, Schülerfirmen oder Expertenbesuche im Unterricht. Kein anderes Lernfeld erfreut sich einer so großen Aufmerksamkeit (vgl. z. B. NRW Standardelemente der Berufs- und Studienorientierung SBO 2012, Loerwald 2008).

- j. **Die Fakten zeigen, dass die ökonomische Bildung in Stundentafeln und Kernlehrplänen sowie bei außerunterrichtlichen Aktivitäten bereits jetzt ein erhebliches Gewicht an den Schulen der Sekundarstufe I in NRW hat.**

Das spricht natürlich nicht grundsätzlich dagegen, noch mehr davon zu fordern. Aber dies ginge eindeutig zu Lasten anderer, mindestens ebenso relevanter Lernfelder und Kompetenzen. Dazu zählt unter anderem auch eine lebenssituationsorientierte Verbraucherbildung.

(12) *Welcher Handlungsbedarf besteht bezüglich einer Erweiterung des Angebots ökonomischer Bildung insbesondere an Realschulen?*

- a. **Ich sehe keinen inhaltlich begründeten Bedarf an mehr obligatorischer ökonomischer Bildung an Realschulen,** weder aus fachdidaktischer noch aus bildungspolitischer noch aus schulformpolitischer Sicht.

Dies gilt ganz besonders im Vergleich zu anderen Bildungsfeldern, die noch gar nicht Eingang in die Stundentafeln gefunden haben.

- b. Eine ökonomische Bildung, die auf Volks- und Betriebswirtschaftslehre fokussiert, kann keine angemessene, an Problemen der Lernenden orientierte Verbraucherbildung leisten (vgl. 1a, 1b).
- c. **Bisher fehlt für die Realschule jegliche Konzeption für eine Aufteilung von Kompetenzen und Inhalten auf mögliche neue Fächer und für deren Koordination im Lernbereich Gesellschaftslehre.** Ideen für den didaktischen Zusammenhang der in Politik und Wirtschaft aufzuteilenden Fächer sind nicht erkennbar.

Die aus dem Modellversuch stammenden Entwürfe für ein Pflichtfach Wirtschaft und ein Wahlpflichtfach Ökonomie sind fachwissenschaftlich und fachdidaktisch unzureichend.

- d. Die curricularen Entwürfe des Modellversuchs Wirtschaft an Realschulen reißen aus den Fächern Politik, Erdkunde und Geschichte willkürlich alle Inhalte heraus, die irgendwie zu Wirtschaft/Ökonomie zu gehören scheinen. Daraus konstruiert man dann ein separates Pflichtfach und ein Wahlpflichtfach und ignoriert die Folgen für die anderen Fächer und für den Lernbereich insgesamt.
- e. Die Heraustrennung der ökonomischen Inhalte ist fachwissenschaftlich und fachdidaktisch willkürlich und einseitig. Inhaltlich und didaktisch verharren die Entwürfe für die geforderten ökonomischen Fächer an der Realschule auf einem längst überholten Wissensstand.
- f. **Will man an Realschulen ökonomische Bildung weiter ausbauen, steht dafür dort bereits das Unterrichtsfach „Sozialwissenschaften“ im Wahlpflichtbereich zur Verfügung.**

(13) *Welcher Handlungsbedarf besteht bezüglich einer Erweiterung des Angebots zur Verbraucherbildung an den Schulen des Landes?*

Zur Lageanalyse siehe 3, zu Inhalten und Akzentsetzungen 1 a-c, 1 g und 4.

- a. **Ein separates Schulfach Verbraucherbildung macht keinen Sinn.** Dagegen sprechen im Prinzip dieselben Argumente wie gegen ein Separatfach Wirtschaft.
- b. **Ein Bedarf für eine deutliche Ausweitung der schulischen Verbraucherbildung lässt sich nicht begründen.** Das gilt besonders, wenn man das Gesamtbild an den Schulen der Sek I berücksichtigt: Knappheit der Stundentafel und der Lernzeit, Defizite und Förderbedarf in einer Reihe von Bildungs- und Fächerbereichen (z. B. Sprache, Naturwissenschaften), Nichtberücksichtigung einer Reihe wichtiger Wirklichkeitsdimensionen in der Pflichtstundentafel (z. B. Technik, Recht).
- c. Grundsätzlich müssen für die Verbraucherbildung **an allen Schulformen affine Ankerfächer** festgelegt werden (vgl. 8 a-b). In diesen Ankerfächern sind verbindliche Kompetenzen und Inhaltsfelder der Verbraucherbildung auszuweisen.

Allerdings gebührt der Verbraucherbildung kein Vorrang gegenüber anderen Bildungsaufgaben wie politische, ökonomische, sozialwissenschaftliche, kulturelle und ästhetische Bildung.

Zugleich bedarf es einiger weniger obligatorischer verbraucherbildungsbezogener Elemente in der Lehrerbildung; aber auch hier verdienen diese keine Vorrangstellung.

- d. Um dem politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Kontext von Konsum (einschließlich Ernährung und Gesundheit) gerecht zu werden, **benötigt Verbraucherbildung ein sozialwissenschaftliches Ankerfach** (vgl. 14). Nur so kann man den zunehmend politisierten und moralisierten Konsumentenrollen sowie den politischen, *gesamtwirtschaftlichen* und *gesamtgesellschaftlichen* Aspekten des Konsums gerecht werden.

Eine zweite Verankerung in einem naturwissenschaftlichen Fach könnte sinnvoll sein.

- e. Der **Einfluss von Akteuren mit eigenen wirtschaftlichen Interessen** sowie von advokatorischen Vertretungen wirtschaftlicher Interessen – Unternehmen, Branchenverbände und Kammern – auf den verbraucherbildenden Unterricht muss deutlich zurückgedrängt werden.
- f. In den Schulen herrscht oft ein geringes Problembewusstsein hinsichtlich der Verwendung von interessengeleitetem Unterrichtsmaterial, das externe Akteure in großem Umfang anbieten, und hinsichtlich des Auftretens von Interessenvertretern und Lobbyisten im Unterricht.

Diese Form der „Ökonomisierung“ von Schule und Unterricht ist nicht legitim. Hier besteht dringender bildungspolitischer Handlungsbedarf sowie akuter Aufklärungsbedarf in Lehrerausbildung und Lehrerfortbildung.

(14) *Sind die im Projekt REVIS bestimmten Bildungsziele und Kompetenzen eine geeignete Grundlage für die Weiterentwicklung der Verbraucherbildung an Schulen?*

- a. Die im Projekt formulierten Ziele und Kompetenzen **vernachlässigen die politischen, gesellschaftlichen, kollektiven und kulturellen Dimensionen von Konsum, Ernährung und Gesundheit stark.** Deshalb ist eine systematische konzeptionelle Erweiterung des REVIS-Ansatzes um diese Dimensionen zwingend erforderlich.

Verbraucherbildung sollte strukturell in ein sozialwissenschaftliches Ankerfach eingebunden sein. **Verbraucherbildung ist seit jeher ein Kernbestandteil der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Bildung,** auch wenn sie dort systematischer und verpflichtender verortet sein könnte (vgl. Frage 3).

- b. **Verbraucherbildung darf kein Ersatz für politisches und administratives Handeln sein. Sie darf politische und behördliche Verantwortung nicht auf die Lernenden abwälzen.**

Bildung und individuelles Handeln können weder den Verzicht auf aktive Verbraucherpolitik noch rechtliche, administrative und personelle Lücken und Vollzugsdefizite bei Gewerbe- und Lebensmittelaufsicht und Ordnungsbehörden kompensieren.

Verbraucherhandeln braucht Stützung und Entlastung durch Verbraucherpolitik und Verbraucherrecht. **Institutionelle Lösungen haben Vorrang vor der Erziehung von Individuen.**

- c. Das gilt auch für Nachhaltigkeit, die in erster Linie eine politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Aufgabe ist. Auch hier geht kollektive Verantwortung vor individueller Erziehung; selbstverständlich tragen auch die Individuen Verantwortung für ihr Handeln.

Vor diesem Hintergrund **sind die sozialwissenschaftliche, insbesondere die politische sowie auch die ökonomische Bildung, die wichtigsten Teile von Nachhaltigkeitsbildung,** nicht die Verbraucherbildung.

- d. **Das REVIS-Konzept hat einen doppelten normativen Überhang,** zum einen in der Heraushebung der Verbraucherposition gegenüber anderen Positionen, zum anderen in der Bewertung der Lebensdimensionen Konsum, Ernährung und Gesundheit.

Diese Normativität verträgt sich schlecht mit der Realität einer pluralistischen Gesellschaft, die durch eine Vielzahl von Lebensstilen, Lebensmaximen und Wertmaßstäben geprägt ist, die teilweise unvereinbar sind.

Eine systematische Erweiterung des Konzepts um die Dimensionen Diversität, Pluralismus und Kontroversität ist deshalb notwendig.

Literatur

AG Naturwissenschaften sozial (1995): Wider den naturwissenschaftlich-technischen Analphabetismus. Oder: Warum fächerübergreifender Unterricht im naturwissenschaftlichen Bereich angesagt ist. In: PÄD EXTRA Januar 1995, 6-7.

DIHK (2013): DIHK-Arbeitsmarktreport. Fachkräfte – auch bei schwächerer Wirtschaftslage gesucht. Ergebnisse einer DIHK-Unternehmensbefragung 2012/2013. Berlin.

Hedtke, Reinhold; Uppenbrock, Carolin (2011): Atomisierung der Stundentafeln? Schulfächer und ihre Bezugsdisziplinen in der Sekundarstufe I. Bielefeld.

IGLU (2011). Bos, Wilfried; Tarelli, Irmela; Bremerich-Vos, Albert; Schwippert, Knut (Hg.): Lesekompetenzen von Grundschulkindern in Deutschland im internationalen Vergleich. Münster.

Kaminski, Hans; Eggert, Katrin (2008): Konzeption für die ökonomische Bildung als Allgemeinbildung von der Primarstufe bis zur Sekundarstufe II. Berlin.

Kruber, Klaus-Peter (2001): Wirtschaftspolitische Bildung im Lernfeld politische Bildung. In: *sowi-onlinejournal* 2-2001. Online: <http://www.sowi-online.de/node/1338>, besucht am 1.12.2013.

Level-One-Studie (2011): Literalität von Erwachsenen auf den unteren Kompetenzniveaus. Hamburg.

Loerwald, Dirk (2008): Kooperationen zwischen Schule und Wirtschaft: Praxiskontakte als handlungsorientiertes Lehr-Lern-Konzept. In: Kaminski, Hans/Krol, Gerd-Jan (Hg.): Ökonomische Bildung: legitimiert, etabliert, zukunftsfähig. Stand und Perspektiven. Bad Heilbrunn, 341-356.

MINT-Botschafterbroschüre (2012): Der MINT-Botschafterpreis 2012. Faszinierende Ideen für mehr MINT in Deutschland. Berlin.

Oser, Fritz; Biedermann, Horst (Hg.) (2003): Jugend ohne Politik. Ergebnisse der IEA-Studie zu politischem Wissen, Demokratieverständnis und gesellschaftlichem Engagement von Jugendlichen in der Schweiz im Vergleich mit 27 anderen Ländern. Zürich u.a.

PIRLS (2011): Progress in International Reading Literacy Study. Boston College. Boston.

Retzmann, Thomas; Seeber, Günther; Remmele, Bernd; Jongebloed, Hans-Carl (2010): Ökonomische Bildung an allgemeinbildenden Schulen. Bildungsstandards für Lehrerbildung. Essen, Lahr, Kiel.

SBO (2012), in: Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen: Neues Übergangssystem Schule – Beruf in NRW. Zusammenstellung der Instrumente und Angebote. Düsseldorf, 10-40.

Schneider, Wolfgang Ludwig (2008). Grundlagen der soziologischen Theorie. Bd. 1: Weber, Parsons, Mead, Schütz. 3. Aufl. Wiesbaden.

Schroeder, Klaus; Deutz-Schroeder, Monika; Quasten, Rita; Schulze Heuling, Dagmar (2012): Später Sieg der Diktaturen? Zeitgeschichtliche Kenntnisse und Urteile von Jugendlichen. Frankfurt am Main u.a.

Stäudel, Lutz (1995): Ein Plan für alle (die wollen)! Hesse: Anstelle der bisherigen Einzelfächer können Schulen einen Lernbereich Naturwissenschaften einrichten. In: PÄD EXTRA Januar 1995, 8-12.

TIMMSS (2011). Bos, Wilfried; Wendt, Heike; Köller, Olaf; Selter, Christoph (Hg.) (2012): TIMSS 2011. Mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen von Grundschulkindern in Deutschland im internationalen Vergleich. Münster.

Wälder, Olga (2013): Mathematischer Analphabetismus: eine Volkskrankheit? Vortrag bei der Herbsttagung des Arbeitskreises „Mathematik und Bildung“ der Gesellschaft für Didaktik der Mathematik. 15./16.11.2013. Gießen.

Weber, Birgit (2012): Was wäre eine angemessene ökonomische Grundbildung? In: *Haushalt in Bildung & Forschung* 1 (2), S. 48–59.

WHO World Health Organization, Regional Office Europe (2013): Health Literacy. The solid facts. Copenhagen.